

Ausschuss erteilt Einsparungen u.a. beim Rieckhof eine klare Absage



(Harburg) Hoch hatten die Wellen in den letzten Tagen geschlagen als bekannt wurde, dass die SPD dem Rieckhof und anderen Einrichtungen die kompletten Zuschüsse aus den Mitteln für Kinder- und Jugendarbeit streichen wollte. Und so waren alle Plätze im Zuschauerraum besetzt, als gestern der Jugendhilfeausschuss der Bezirksversammlung tagte. Einziger inhaltlicher Punkt: Anträge der Verwaltung und der SPD mit Streichlisten bei den Zuschüssen für Kinder- und Jugendarbeit, darunter über 35.000 Euro an den Rieckhof. Ein Zuschuss, der benötigt wird, um den Betrieb in seiner jetzigen Form aufrecht zu erhalten.

Wie die (Ab-)stimmungslage war durfte die SPD zusammen mit ihren Unterstützern von der FDP gleich zu Beginn der Sitzung sehen – wollte sie doch am liebsten, dass geheim über die Streichung abgestimmt werden sollte. Die Opposition dagegen wollte die Namen auf den Tisch haben und forderte eine namentliche Abstimmung – und setzte sich in einer Abstimmung damit durch, denn in diesem Ausschuss sitzen auch stimmberechtigte Vertreter der freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

SPD und FDP stellten in den Beratungen zu den Streichungen ihre Position dar, dass sie dies auch lieber nicht täten, aber man nun mal die Sparvorgaben des Senats erfüllen müsse. Sonst – und das war das Hauptargument – könne man nicht weitere Gelder beantragen, die in einem neuen Fonds für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt würden. Denn hier sei die Voraussetzung, dass man die Vorgaben umsetze. Auf Nachfrage seitens der Opposition stellte sich allerdings heraus, dass solche Gelder gar nicht sicher seien, sondern über jeden

www.besser-im-blick.de

22.9.2012

von Nils Kreller

Antrag entschieden werden müsse. Wer, wo wann, wieviel, welche Bedingungen, welche Projekte? Das steht alles noch nicht fest – es war die Forderung in der Hoffnung auf ein paar spätere Brotkrümel jetzt zu streichen.

Die Opposition machte da nicht mit und mit den Stimmen von CDU, Grünen, Linken und den freien Trägern wurde sowohl der Antrag der SPD als derjenige der Verwaltung abgeschmettert. **Ronald Preuss** (Grüne) betonte: „Ich hätte nicht gedacht, dass die Kinder- und Jugendarbeit der erste Bereich ist, den die SPD einem solchen Programm unterzieht.“

Nun ist die Verwaltung dran zu sehen, wie es weitergeht. Das Signal aber ist deutlich: Die Mehrheit hält die Kürzungen für falsch und will sich dem Druck nicht beugen.

Stimmen zur Ausschusssitzung

Jan-Philipp Schucher (SPD): „Ich finde es sehr bedauerlich, dass unsere Vorschläge keine Beachtung bei den freien Trägern und den anderen Parteien, ausgenommen der FDP, gefunden haben. Ich glaube nicht, dass diese Entscheidung tatsächlich im Sinne der Freien Träger ist. Durch ihre Verweigerungshaltung haben sie die Chance einer Einflussnahme auf die Verteilung der vorhandenen Mittel vertan und dem Bezirk den Zugriff auf die Mittel des Überbrückungsfonds verwehrt. Ich bezweifel stark, dass das im Sinne der Kinder und Jugendlichen ist, die von dieser Förderung profitiert hätten. Ich habe den Eindruck, dass es beim Verhalten von CDU, Grünen und Linken und der Freien Träger eher um einen vermeintlichen Punktgewinn gegenüber der SPD ging und nicht um konstruktive Arbeit für die Jugendhilfe im Bezirk Harburg.“

Jörn Hansen (Geschäftsführer des Rieckhof): „Am Freitag, den 21.9.2012 hat der Jugendhilfeausschuss die von der SPD und der Verwaltung geplanten Einsparungen im Jugendhilfebereich mehrheitlich abgelehnt! Das begrüßen wir sehr! Nach 36 Jahren als anerkannter Träger der Jugendarbeit hielten Jugendamt und SPD unseren Arbeitsansatz für entbehrlich. Wie es jetzt weitergeht ist offen. Wer wann was wie entscheidet steht noch nicht so recht fest. Man darf gespannt sein. Wir bleiben wie immer am Ball und werden konstruktiv ein attraktives Programm für alle großen und kleinen Harburger anbieten. Leider bleibt es dabei, dass der Rieckhof heute weniger Geld zur Verfügung hat als 1987. Das Ziel ist klar: Diese seit 25 Jahren bestehende Unterfinanzierung muss dringend für uns und viele andere Träger deutlich verbessert werden.“

Sabine Boeddinghaus (Die Linke): „Die Mehrheit im Jugendhilfeausschuss hat heute in beeindruckender Weise klar Farbe bekannt für die Kinder und Jugendlichen in unserem Bezirk, die ihre Angebote behalten wollen.“

Heinke Ehlers (Grüne): „Alle Versuche, die Stimmen der Antragsgegner wegen Befangenheit zu dezimieren haben der SPD nicht geholfen. Wer versucht, eine notwendige inhaltliche Diskussion der Anträge mit den Worten „es wurde doch im Vorfeld genug diskutiert“ und „wir haben uns eben so entschieden“ zu unterbinden,

www.besser-im-blick.de

22.9.2012

von Nils Kreller

der darf sich nicht wundern, wenn er „baden geht“. Ich hatte den Eindruck, die wissen überhaupt nicht, was sie da tun und was für Folgen ihr Handeln hat!“

Kommentar

„Es gehört oft mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben.“
(Friedrich Hebbel“

Man nimmt es den Genossen ja durchaus ab, dass sie nicht gerne in der Kinder- und Jugendarbeit den Rotstift ansetzen – so, wie sie da in der Ausschusssitzung zusammengedrängt der Opposition und anwesenden Bürgern gegenüber saßen. Aber ein schlechtes Gewissen und die Faust in der Hosentasche ballen macht nichts besser. Statt sich einmal mit „ihrem“ Senat und Bürgermeister kräftig anzulegen wird die Hoffnung auf einen ominösen Fonds bemüht, dessen Rahmenbedingungen nicht bekannt sind bzw. die es noch gar nicht gibt. In Sachen Rieckhof wird dann noch der Vergleich mit anderen Bürgerhäusern bemüht und festgestellt, dass die Zuwendungen weit über dem Durchschnitt liegen. Um hier aber wirklich vergleichen zu können müsste man zumindest die Einwohnerzahl berücksichtigen, die die jeweiligen Häuser in ihrem Einzugsgebiet haben sowie ihr jeweiliges Konzept. Haben sich doch die meisten anderen auf Vermietung an Veranstalter konzentriert während der Rieckhof ein großes eigenes Programm zu bieten hat. Man kann Äpfel und Birnen miteinander vergleichen und feststellen, dass sie zwar beide Obst sind aber unterschiedlich schmecken.

Solange die Harburger Genossen akzeptieren, dass Bürgermeister und Senat die Schuldenbremse durchziehen, solange die SPD sich nicht ernsthaft nach anderen Einnahmen für die Stadt umsehen und sich dafür anlegen will – solange wird sie weiter kaputtsparen. Das ist weder vernünftig noch tut es den Menschen dieser Stadt Gutes.

Nach der Ablehnung der Sparvorgaben durch den Ausschuss ist eigentlich die Zeit da, sich zusammen gegen die Sparvorgaben aufzulehnen. Es steht aber zu befürchten, dass die SPD weiter den Weg der Vollstreckung gehen wird. Mehr Mut, Genossen!